



Foto: Oliver Mostert

Vorrang für Sanierung und Ausbau der Schiene

Kölner Region auf dem Abstellgleis?

Die schwarz-gelbe Bundesregierung stellt den Bahnverkehr in NRW auf das Abstellgleis. Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) treibt durch Planungs- und Vorfinanzierungsvereinbarungen nur Schienenprojekte im Süden der Republik - vor allem im Großraum München, in Thüringen und Sachsen - voran. Der Westen geht völlig leer aus. Darüber hinaus trägt die Kostenexplosion für „Stuttgart 21“ zur Vergrößerung des Sanierungs- und Investitionsstaus bei. Denn auch beim Bund und der Bahn AG kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden.

0 Euro für Sanierung

Die Ergebnisse der „Unternehmensbefragung zum Reinvestitionsbedarf bei Verkehrsunternehmen und Kommunen im schienengebundenen ÖPNV in NRW“ zeigen unmissverständlich alleine für die U-Bahn und Straßenbahnsysteme in NRW bis 2016 einen Sanierungsstau von ca. 1,1 Mrd. Euro auf. Bis 2025 müssen weitere 2 Mrd. Euro für Erneuerungsmaßnahmen aufgebracht werden. Nur rund ein Viertel der Kosten kann von den Kommunen aus Abschreibungen finanziert werden. Für den Rest besteht keine Finanzierungsbasis. Beim rollenden Material sieht es nicht besser aus, zumal Neu- und Ausbaumaßnahmen sowie wachsende Fahrgastzahlen in der Studie nicht berücksichtigt wurden.

Leider gibt es bislang kein Förder- und Finanzierungsprogramm für Erneuerungsmaßnahmen. Lediglich der Neu- und Ausbau wird vom Bund gefördert. Die Mittel dafür sind heute übrigens genau so hoch wie 1979 - jedoch ist der fiktive Euro von 1979 heute nur noch 36 Cent wert.

Veraltete Verteilung

Auch der Verteilschlüssel des Bundes für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist veraltet. So wird die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zwischen dem Bund und der Bahn nach der Kilometerleistung vergeben. Bezugsgröße bei der Mittelvergabe für den Betrieb sind Daten, die noch zu Zeiten der „alten Bundesbahn“ erhoben wurden. Die Folge ist, dass Räume mit wachsender Bevölkerung und Nutzungsaufkommen im SPNV längst nicht mehr angemessen gefördert werden. Das gilt auch für den Köln-Bonner Raum. Die Kölner Bahnhöfe - West, Süd, Longenrich, Deutz und Mülheim - sind inzwischen auf DDR-Niveau zurückgefallen. Barrierefrei sind sie schon gar nicht. Auch ist nicht hinnehmbar, wenn die Bahn im Raum Köln in den Stoßzeiten die Fahrgäste auf den Bahnsteigen stehen lassen muss, weil die Bahnen völlig überfüllt sind. Wäre Vieh statt Pendler betroffen, würde das Veterinäramt einschreiten. Die Verteilschlüssel des Bundes wie des Landes müssen sich

künftig nicht nach der Fläche, sondern nach dem Bedarf richten.

Rien ne va plus!

Nicht minder notwendig als mehr Infrastruktur- und Betriebsförderung ist eine deutliche Verstärkung des Schienennetzes im Kölner Raum. So wird im Zuge der Sanierung der Leverkusener Autobahnbrücke immer wieder eine Verlagerung von Gütertransporte auf die Schiene gefordert. Der Bahnnoten Köln ist aber bereits an seiner Kapazitätsgrenze. Deshalb werden Container in den holländischen und belgischen Häfen auf LKW und eben nicht auf die Bahn verladen, da der Knoten Köln keine weiteren Gütertransporte mehr aufnehmen kann. Für den Regional-, Güter- und Fernverkehr sind eigenständige Gleise notwendig. Die Nordseehäfen erwarten einen deutlichen Zuwachs der Gütermengen. Ohne Erweiterung der Schieneninfrastruktur wird es bald nicht nur auf der Schiene, sondern auch auf dem Kölner Autobahnring heißen: Rien ne va plus! Wer mehr Güter und Personen per Bahn befördern will, muss den Knoten Köln ausbauen. Wenn der Bund und das Land nicht klug handeln, droht ein völliger Verfall der Infrastruktur und somit auch eine Schwächung des regionalen Wirtschaftsstandorts.

Andreas Wolter

Verzicht? Nein Danke!

Die Baukosten für das Projekt Archäologische Zone / Haus und Museum der jüdischen Kultur betragen 51,773 Mio. Euro. Sie wurden durch eine Kostenberechnung der Architekten Wandel Hoefler Lorch auf Grundlage der Entwurfsplanung ermittelt und bilden die Basis für den Baubeschluss des Rates vom 14.7.11. Das Land NRW finanziert davon 14,3 Mio. Euro aus Städtebaufördermitteln. Mit Zuwendungsbescheid vom 1.12.2010 wurden 1.641.232 Euro für die Ausgrabungen am Rathausvorplatz sowie mit Zuwendungsbescheid vom 1.12.2011 weitere 12.658.768 Euro für die Archäologische Zone und das Museum bewilligt.

Von 2000 bis 2008 wurden 387.000 Euro und von 2008 bis 2012 7,45 Mio. Euro verausgabt. Somit sind 7,837 Mio. Euro bereits aus dem städtischen Haushalt geflossen. Für ca. 2,5 Mio. Euro bestehen weitere Zahlungsverpflichtungen.

Dies sollten alle wissen, die sich für die Forderung nach Projektabbruch erwärmen oder nun eine andere Planung wünschen.

Bei Abbruch wären somit ca. 10,5 Mio. Euro sowie die Fördermittel von 14,3 Mio. Euro verloren. Das Land würde sie zurückfordern. Von den 37,473 Mio. Euro des städtischen Projektbudgets wären 28 % in den Sand gesetzt. Mit Sand möchten die Verzichtsprotagonisten die Ausgrabungen zuschütten. Aber auch eine Sicherung der Ausgrabungen, sofern diese technisch seriös realisierbar wäre, würde mehrere Millionen städtische Euro verschlingen. Also noch mehr verlorene Kosten!

Die von der CDU geforderten Schutzhütten und auch die von Architekt Busmann jüngst ins Spiel gebrachte Alternative einer Ausstellungsfläche im Ratskeller und eines „Glaskubus über der ausgegrabenen Synagoge“ würde eine zweistellige Millionen-Investition erfordern, die allein aus der Stadtkasse zu finanzieren wäre. Ein neuer Architektenwettbewerb, Neuplanung und Bau würden die 27 Mio. Euro, die aus dem ursprünglichen städtischen Finanzierungsanteil nach Abzug der verlorenen Kosten verblieben, weitgehend abschmelzen.

Bei Projektabbruch stünde zudem der LVR als Partner nicht mehr zur Verfügung. Somit würden die Folgekosten vollständig den Stadthaushalt belasten. Es würde so gut wie nichts eingespart, aber ein immenser materieller und Image-Schaden zu Lasten Kölns produziert.

Jörg Frank

„Ach, wie wäre es doch schön ...“

Ein Kommentar von Barbara Moritz

Ach, wie wäre es doch schön, wenn die Bürgerinnen und Bürger wie in der Schweiz ein gesetzliches Recht auf Abstimmung bei Großprojekten hätten. Städte und Gemeinden in Deutschland hätten dann bei Zustimmung Planungssicherheit. Bei Ablehnung würde das Projekt beerdigt.

Beim Bauprojekt „Archäologische Zone und Haus der jüdischen Kultur und Geschichte“ hat es wie bei allen anderen Großprojekten in Köln keine Volksabstimmung gegeben, gleichwohl eine breite politische Mehrheit im Stadtrat.

An einer ausführlichen kontroversen Debatte hat es dagegen nicht gefehlt. Während für die einen hier ein historisch bedeutender Schatz mit Alleinstellungsmerkmal zu heben ist, ein touristisches Highlight mit hohem

Die Variante des gläsernen Deckels wurde bereits in einem frühen Planungsstadium - vor dem Wettbewerb - geprüft und aus konservatorischen und denkmalpflegerischen Gründen verworfen. Es ist zweifelhaft, ob die von der CDU-Ratsfraktion nun geforderte Schutzbauvariante finanziell besser da steht, weil es dafür gar keine Förderzusage des Landes gibt.

Bleibt der Vorschlag des Zuschüttens. Bei dieser Variante würden Kosten in zweistelliger Millionenhöhe anfallen, für die in den nächsten Jahren im städtischen Haushalt jährlich Tilgung und Zinsen in entsprechender Höhe anfallen würden. Welcher Privatmann oder -frau würde beginnen, ein Haus zu bauen und nachdem das Haus zu einem Drittel fertig ist und der Bau



Foto: Stadt Köln

Identifikationswert für die gesamte rheinische Region, sprechen die Gegner von Verschandelung eines attraktiven Platzes, von einem Klotz, den niemand brauche, von sinnlos verbranntem Geld, was anderswo besser angelegt sei.

Während ein Teil der Gegner die Ausgrabungen zuschütten möchte, schlagen andere Alternativen vor: einen gläsernen Deckel oder kleinere Schutzbauten über den Ausgrabungen.

teurer wird, die Entscheidung treffen, nicht weiter zu bauen, sondern alles wieder abzureißen?

Es gibt für alles eine Zeit und einen Entscheidungskorridor. Beim Projekt „Archäologische Zone“ vor dem Rathaus ist dieser Zeitkorridor weit überschritten. Die Variante „Alles Zuschütten“ wäre ein Schildbürgerstreich ersten Ranges und in der Tat das Verbrennen von öffentlichem Geld.

Archäologische Zone / Jüdisches Museum

Ein einzigartiges Vorhaben

Judentum in Köln

„Im Laufe von Zeit und Raum nimmt die Kultur verschiedene Formen an. Diese Vielfalt spiegelt sich wieder in der Einzigartigkeit und Vielfalt der Identitäten, die die Gruppen und Gesellschaften kennzeichnen, aus denen die Menschheit besteht. Als Quelle des Austausches, der Erneuerung und der Kreativität ist kulturelle Vielfalt für die Menschheit ebenso wichtig wie die biologische Vielfalt für die Natur. Aus dieser Sicht stellt sie das gemeinsame Erbe der Menschheit dar und sollte zum Nutzen gegenwärtiger und künftiger Generationen anerkannt und bekräftigt werden.“ So lautet Artikel 1 der allgemeinen Erklärung zur kulturellen Vielfalt der UNESCO. Diese Erklärung wurde 2001 in Paris verabschiedet. Sie bildet ab, um was es bei der Entscheidung für das Projekt „Archäologische Zone / Haus und Museum der jüdischen Kultur“ geht.

Rathaus ...

In Köln konzentriert sich europäische Stadtgeschichte auf engem Raum. Das Kölner Rathaus ist das älteste in Deutschland. Das Prätorium, Amtssitz des Statthalters der römischen Provinz Niedergermanien und der größte römische Bau entlang des gesamten Rheins, befand sich in unmittelbarer Nachbarschaft. Seit 2000 Jahren ist der Ort des Rathauses das säkulare und bürger-schaftliche Zentrum dieser Stadt. Keine europäische Stadt hat eine solche politisch-räumliche Kontinuität.

und Jüdisches Viertel

Mehr noch: unmittelbar vor dem Rathaus lag das jüdische Viertel, Wohnsitz der ältesten urkundlich dokumentierten jüdischen Gemeinde nördlich der Alpen. In einem Dekret hatte Kaiser Konstantin im Jahr 321 den in Köln lebenden Juden das Recht auf Vertretung in der `curia` verliehen, der Versammlung stimmberechtigter Volksvertreter in römischen Städten. Die jüdische Gemeinde Kölns entwickelte sich zu einem Zentrum des deutschen Judentums - trotz ihrer wechselvollen Geschichte.

Das obere Bild zeigt vom Standort Gülichplatz aus gesehen die dichte Bebauung vor dem Rathaus, die im 2. Weltkrieg völlig zerstört wurde. Das untere Bild zeigt aus derselben Perspektive die kriegsbedingte Baulücke als „Platz“ vor dem Rathaus vor Beginn der archäologischen Grabungen.

Nach einer Welle von Pogromen wurden die Kölner Juden durch Beschluss des Rats 1424 aus der Stadt vertrieben, aus der sie bis zur Eroberung Kölns durch französische Revolutionstruppen im Jahr 1794 verbannt blieben. Kurze Zeit später beherbergte Köln wieder eine der größten und lebendigsten jüdischen Gemeinden in Deutschland, die weit über Köln hinaus wirkte.

Während der NS-Diktatur wurden 11.000 Menschen jüdischen Glaubens aus Köln und der Region von Köln aus in die Vernichtungslager deportiert und von Deutschen ermordet. Von 1953, vor genau 60 Jahren, bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland im Jahr 1965 war Köln Sitz der Israel-Mission, der Vorläuferin der späteren Botschaft.

Seit 1979 sind Köln und Tel Aviv offiziell städtepartnerschaftlich verbunden. Seit 1996 ebenfalls mit Bethlehem. Die Kölner jüdische Gemeinde zählt heute wieder zu den größeren in Deutschland.

Wiederaneignung

Köln spiegelt sehr deutlich die von friedlichem Zusammenleben und Emanzipation, aber auch von Pogromen bis hin zur Shoah geprägten Höhen und Tiefen deutsch-jüdischer Geschichte wieder. Archäologische Zone sowie das Haus und Museum der jüdischen Kultur werden diese einmalige Stadtgeschichte wieder lebendig werden lassen. Sie sind die Anerkennung und Wiederaneignung der eigenen historischen Wurzeln durch Rat und Bürgerschaft – ganz

im Sinne der UNESCO-Erklärung. Eine Stadt, die bis heute stolz darauf ist, ihre kulturelle Vielfalt zu leben, tut gut daran, ihre vielfältigen Wurzeln zu vergegenwärtigen und präsent zu halten.

Authentischer Ort

Da, wo das Museum stehen wird, liegen Kölns bis in die Gegenwart reichen Spuren kultureller Vielfalt. Es ist keine Rekonstruktion, kein beliebiger Sammelort, sondern selbst unmittelbares geschichtliches Zeugnis. Hier wird auch deutlich, dass die Geschichte der jüdischen Gemeinde ein integraler Bestandteil der Kölner Geschichte ist, mitten im Zentrum der Stadt Köln. Das ist ein weltweites Alleinstellungsmerkmal. Vorschläge, das Haus und Museum jüdischer Kultur anderswo in Köln zu errichten, ignorieren diese Besonderheit.

Identität

Der Aspekt der Einzigartigkeit ist allein schon Grund genug, das Vorhaben „Archäologische Zone / Jüdisches Museum“ nun auch zügig zu vollenden. Aber diese Kultur-Investition ist auch eine in den Stadtraum und die Stadtgesellschaft. Sie schafft Bilder und Symbole, die das Unverwechselbare des Ortes herauszuarbeiten. Damit stiftet sie einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft Identität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Attraktivität und Lebensgefühl einer Stadt werden wesentlich von ihrem kulturellen Leben geprägt und strahlen so nach außen. Daher stärkt dieses Projekt auch die positiven Standortfaktoren Kölns. *Brigitta von Bülow*



Rat im Rückblick

Die erste Ratssitzung in diesem Jahr am 5. Februar 2013 dauerte deutlich kürzer als sonst. „Rathaus ratlos“ gibt einen Überblick. Weitere Info: www.gruenekoeln.de/ratsfraktion

Blamage für CDU

Die CDU-Fraktion animierte mit ihrem Antrag „mitmachen, mitreden, mitsparen“ zu karnevalistischer Heiterkeit. Die CDU-Fraktion legte 143 Sparvorschläge vor, die sie mit ihrer Internetaktion von Bürgerinnen und Bürger eingesammelt hatte. Die CDU-Fraktion hatte sich aber nicht der Mühe unterzogen, diese Vorschläge zu beraten und auf grundsätzliche Durchführbarkeit zu bewerten.

„Kann es denn wahr sein? Wie kann es die zweitgrößte Fraktion im Kölner Rat fertig bringen, uns solch einen Antrag zu präsentieren? Dies zeigt, zu welchem Ausmaß an Unseriosität diese CDU-Fraktion fähig ist!“, rechnete der stellv. GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Jörg Frank mit der KölschUnion ab.

„Kann es sein, dass sie wegen der Vielzahl von karnevalistischen Verpflichtungen keine Zeit hatten, das bunte Potpourri von 143 Eingaben nach welchen Kriterien auch immer zu bewerten?“, fragte Frank die CDU-Ratsmitglieder, von denen nicht wenige verschämt wegschauten.

Grillgebühr in Parks, Erhöhung der Bußgelder, höhere Gebühren, Erhö-

- Bei soviel Unseriosität gilt für die CDU das aktuelle Sessionsmotto nun verändert: „Mit de städtische Nüssele nix am Hot – he und am Zuckerhot!“, karikierte Frank das CDU-Gehabe. Der CDU-Antrag wurde von allen demokratischen Fraktionen abgelehnt.

Abschlagszahlungen

Anlässlich des Antrags der Linke-Fraktion erklärte Stadtkämmerin Gabriele Klug (GRÜNE) nochmals das Verfahren in der vorläufigen Haushaltsführung, das durch § 82 der Gemeindeordnung geregelt ist. Die Kämmerin hat die Rahmenregelungen festgelegt und den Dezernaten mitgeteilt. Innerhalb dieses Rahmens können die Fachdezernenten handeln.

Die Kämmerin betonte, dass im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister die Praxis der letzten Jahre fortgeführt wird. Die freien Träger erhalten je Quartal Abschlagszahlungen auf Basis des Haushaltsplanentwurfs 2013. Im Einzelfall sind auch Zuschüsse für im Hpl-Entwurf fortgefallene Haushaltsansätze möglich und zulässig, sofern sie durch Umschichtung gegenfinanziert sind. Der im Hpl-Entwurf gesetzte Ausgabenrahmen darf allerdings insgesamt nicht ausgeweitet werden.

Die Linke hatte beantragt, Zahlungen auf Basis des alten Haushaltsplans 2012 zu veranlassen. Das ist rechtlich nicht-

„Zum jetzigen Zeitpunkt nicht.“ Die Bahnen und Busse sind in Köln, nicht nur zu Spitzenzeiten, vollkommen ausgelastet und es auch fehlen die öffentlichen Mittel, um den dringend nötigen Netzausbau anzugehen. Eine Ursache dafür sind nicht zuletzt die drastischen Kürzungen des Bundes für den öffentlichen Nahverkehr. Die GRÜNEN werden sich weiter dafür stark machen, dass prioritär öffentliche Förderung in den Infrastrukturausbau und auch in Taktverdichtungen investiert werden.

Beschaffung Lernmittel

Der missliche Zustand, dass im Rahmen der vorgeschriebenen europaweiten Ausschreibung, nur größere Lieferanten zum Zuge kommen, wird einer intensiven Prüfung unterzogen. Das ist der breite Wille des Rates. Die Verwaltung ist für die Beschaffung der Lernmittel für die städtischen Schulen zuständig. Die Lernmittel unterliegen aber dem Buchpreisbindungsgesetz, so dass ein realer Wettbewerb gar nicht zum Tragen kommt. Für vier Schuljahre liegt das Vergabevolumen bei 5 Mio. Euro. Der Inhalt der Prüfung besteht darin, ob kleinere Losgrößen (z.B. 51.000 und 100.000 Euro) zulässig sind, um so auch einen fairen Wettbewerb für kleinere Lieferanten zu ermöglichen.

Einstweilen hat der Rat nun die Ausschreibung für das Schuljahr 2013/2014 auf Basis der bestehenden Vergabepaxis gebilligt, um sicherzustellen, dass alle städtische Schulen fristgerecht ihre Lernmittel erhalten.

Neustart für Kriebelshof

Jugendzentrum Köln gGmbH: Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft für urbane Jugendarbeit Köln mbH - hinter diesem sperrigen Titel verbirgt sich die Beschlussvorlage zur Wiederbelebung der Arbeit im Kriebelshof in Worringen, die Rat nun beschlossen hat.

Der „alte“ Kriebelshof wurde seit fast 40 Jahren von einem Verein betrieben. Neben der offenen Jugendarbeit für die Stadtteile Worringen und Roggendorf-Thenhoven entwickelte sich dort ein kultureller Treffpunkt. Nach der Insolvenz des bisherigen Betreibers übernimmt ein nun Konsortium aus drei Trägern den Betrieb der Einrichtung. Die Ausrichtung des neuen Kriebelshofs soll vielfältig werden: Neben dem Schwerpunkt Musik, Kunst und Natur soll auch eine naturnahe Stadtranderholung angeboten werden.

Nicht zuletzt das Engagement der Worringer Bürger vor Ort und die unermüdlige Initiative von Bezirksbürgermeisterin Conny Wittsack-Junge (GRÜNE) haben maßgeblich dazu beigetragen, dass nun eine Lösung gefunden wurde. ii



Foto: Ignatz Igel

Karneval im Rathaus: Grüne Ratsmitglieder im Dschungelcamp

zung der Gewerbesteuer, Erhöhung der Grundsteuer, Schließung aller Bäder, Verkauf des Stadions, Verzicht auf die Opersanierung, Einführung einer Brücken-Maut, Streichung von Gleichstellungsamt und Frauenförderung, GAG verkaufen, KVB verkaufen, Oper und Schauspiel privatisieren, Elferrat statt Stadtrat usw. Es gipfelte schließlich im Vorschlag „Lob für die CDU“.

„Wir sehen uns angesichts dieser geballten CDU-Finanzkompetenz veranlasst auf Artikel 9 des rheinischen Grundgesetzes zu verweisen: Wat soll dä Käu?

zulässig und wurde daher vom Rat abgelehnt.

Fahrradmitnahme im VRS

Der Antrag der Bezirksvertretung 3 Sülz/Lindenthal zur kostenlosen bzw. preislich deutlich reduzierten Fahrradmitnahme VRS-weit in Bussen und Bahnen lässt zwar jedes grüne Herz höher schlagen, aber die Realität – sprich die begrenzten Kapazitäten – lassen derzeit die Umsetzung nicht zu. So mussten auch die grüne Fraktion dem Verwaltungsvorschlag folgen, der schlicht sagt,

Bürgerhaushalt 2013

Ein neues Verfahren

Zum dritten Mal hatten Kölns Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit am Bürgerhaushaltsverfahren (BHH) teilzunehmen: <https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2013/>. Die Vorschlagsphase endete am 1. Februar. Was sich dreimal in Folge in Köln ereignet, ist Brauchtum!

Seit 2008

2005 fasste der Rat seinen ersten Beschluss zur Einführung eines Bürgerhaushalts. Der erste Bürgerhaushalt 2008 war dann ein voller Erfolg. Mit hoher Beteiligung wurden damals rund 5.000 Vorschläge gesammelt. Allerdings ebnete das Interesse 2010 und 2012 zunehmend ab. 2012 wurden lediglich 594 Vorschläge abgegeben. Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass der Rat für die vielen Anliegen aus der Bürgerschaft schlichtweg zu wenig Haushaltsmittel zur Verfügung stellen konnte. Haushaltspolitik ist kein „Wünsch Dir was“. Ein Problem mit dem auch Bürgerhaushalte in anderen Städten zu kämpfen haben.

Evaluation

Ein Grund das Brauchtum zu reformieren. Der BHH-Beirat beauftragte das Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT) der Universität Bielefeld eine Evaluation durchzuführen. Im Ergebnis standen Empfehlungen zur Verbesserung, die teils realisiert wurden. Was ist nun also neu am Bürgerhaushaltsverfahren 2013?

Sparhaushalt

Nicht nur, dass es eine neue übersichtlichere und optisch ansprechendere Internet-Plattform für das Verfahren gibt. Eine Plakatkampagne informierte auch die Kölnerinnen und Kölner, die

nicht im Internet unterwegs sind. Neu ist auch, dass in diesem Jahr für den Doppelhaushalt 2013/2014 das Sparen im Mittelpunkt steht. So standen die Verwaltungsvorschläge zur Haushaltssanierung zur Bewertung. Warum die Verwaltung jedoch nicht alle ihre Vorschläge zur Diskussion gestellt hat, bleibt offen und angesichts der Anforderungen an Transparenz sicherlich kritikwürdig.

Die Teilnehmenden konnten auch eigene Vorschläge für Einsparungen bzw. Einnahmeverbesserungen einbringen und zur Abstimmung stellen. Bisher konnten Interessierte ihre Anregungen im Wesentlichen nur zu vorher festgelegten Haushaltsbereichen einbringen.

Bessere Information

Ein weiteres Novum: Es gibt nun eine Vielzahl an Informationen und Grafiken zum Stadthaushalt, seiner Struktur und zum Haushaltsverfahren. In den vergangenen Jahren wurden bereits viele BHH-Vorschläge umgesetzt, unzureichend war bislang jedoch die Kommunikation zum Stand der Umsetzung. Nun sind endlich die Ergebnisse und Umsetzungsstände der vergangenen drei Bürgerhaushalte abrufbar.

TOP 10

Seit dem 7. Januar wurde die Bürgerschaft um ihre Bewertung gebeten. Per Internet, Call-Center oder schriftlichem Antwortbogen konnte sie sich äußern. Auf der Startseite werden die meistdiskutierten Verwaltungs- und Bürgervorschläge gelistet. Unter der Rubrik Lob & Kritik wurden zudem seit dem 15.01. die drei neuesten Vorschläge der Kölnerinnen und Kölner kurz vorgestellt. Die abgegebenen Vorschläge konnten mit Pro oder Contra bewertet werden. Durch die Summe aller Bewertungen (Pro minus Contra) ist eine Rangliste entstanden: Die zehn am besten bewerteten Vorschläge (TOP 10) werden nun dem Rat zur Entscheidung im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgelegt. Bis Ende Januar wurden über 600 Vorschläge eingebracht, über 4.000 Kommentare und über 45.000 Bewertungen abgegeben. „Rathaus Ratlos“ berichtet in der nächsten Ausgabe über die Ergebnisse. *jd/jf*

Ohne Haushalt

In der „haushaltslosen Zeit“ gelten die Bestimmungen der „vorläufigen Haushaltsführung“. Bei der Einbringung des Haushaltsentwurf 2013/2014 am 18.12. hat Stadtkämmerin Gabriele Klug (GRÜNE) erklärt, dass jedoch an der Planungssicherheit in gewohnter Weise festgehalten werde. Es besteht für die freien Träger kein Grund für Verunsicherung. Sie erhalten wie in den Vorjahren Abschlagzahlungen pro Quartal auf Basis des Haushaltsentwurfs. Am 12.4. werden der Hpl-Entwurf sowie alle Veränderungen im Finanzausschuss abschließend beraten und am 30.4. im Rat beschlossen.

Casino

Die rot-grüne Landesregierung hat nun entschieden die fünfte Spielbank NRW in Köln zu etablieren, was Kölns Attraktivität steigert. Es soll kein „Casino Royale“ entstehen, sondern eine Spielbank für jede/n, für die nun ein urbaner Standort gesucht wird. Damit erfüllt sich der von Rot-Grün am 15.12.2005 initiierte Ratsbeschluss, der aber von der damaligen CDU/FDP-Landesregierung ignoriert wurde. Die Entscheidung wurde bei den NRW-Koalitionsverhandlungen von den Kölner roten und grünen Akteuren vorangetrieben. Die von Westspiel betriebenen Casinos führen 50 % ihrer Bruttogewinne an das Land ab. Sie fließen in die „Stiftung Wohlfahrtspflege NRW“. Aber auch die Stadt erhält einen Einnahmen-Anteil. Allerdings wäre es völlig verfrüht, über Höhe und Verwendung der Einnahmen zu spekulieren.

Klimaschutzkonzept

Im März 2009 erhielt die Verwaltung den Auftrag, eine fortschreibbare Energie- und Kohlendioxid-Bilanz zu erstellen und darauf aufbauend ein „Integriertes Klimaschutzkonzept“ für Köln zu entwickeln. Im Dezember 2011 billigte der Rat ein „vorgezogenes fortdaßnahmenprogramm“ (<http://www.stadt-koeln.de/3/umwelt/klima/klimaschutz/09933/>). Bislang konnte nur ein Bruchteil der „Sofortmaßnahmen“ umgesetzt werden. Das komplette, integrierte Klimaschutzkonzept ist bis heute nicht fertiggestellt. Die beschlossenen zusätzlichen Fachstellen für die weitere Entwicklung und Umsetzung des Klimaschutzkonzepts wurden immer noch nicht besetzt. Der Ausschuss Umwelt und Grün forderte am 24.1. den Oberbürgermeister auf, die bisherigen Beschlüsse nun konsequent umzusetzen.



Foto: Regina Kobold

Viele Parkbänke brachte der Bürgerhaushalt.

Wohnungsbauförderung



In den Wachstumsregionen wie Köln herrscht Wohnungsmangel, mitunter Wohnungsnot, vor allem im preisgünstigen Segment. Deshalb hatten GRÜNE und SPD im Mai 2012 im Rat die Einführung eines kommunalen Wohnungsbauprogramms beschlossen. In der Dezember-Sitzung hatten sie die Verwaltung beauftragt, ein kooperatives Baulandmodell zu realisieren, das für alle Bauvorhaben einen verbindlichen Anteil an preisgünstigen Wohnun-

gen vorschreibt. Die jüngste Nachricht, Köln rufe die vom Land bereitgestellten Wohnungsbaudarlehen für preisgünstigen Wohnraum nicht ab, traf daher die rot-grüne Ratspolitik, die sich seit Jahren für mehr öffentlich geförderte Wohnungen einsetzt. Warum riefen Investoren die Landesdarlehen bislang kaum ab?

- Hauptgrund sind die historisch niedrigen Zinsen, so dass der nur geringfügig niedrigere Zinssatz der Landesförderung keinen ausreichenden Anreiz mehr bieten kann. Zudem sind aufgrund der Angebotsknappheit im freifinanzierten Markt die zu erzielenden Mieten enorm gestiegen.
- Die Auflagen des Landes für öffentlich geförderten Wohnungsbau steigern die Kosten derart, dass keine nennenswerte Rendite übrigbleibt, die einen Investitionsanreiz bieten könnte.

Rot-Grün in Köln hat in 2012 ihre

Hausaufgaben gemacht. Nun war die rot-grüne Landesregierung als Landesfördergeber gefordert. Sie handelte. Ab März 2013 sollen die Förderbedingungen im Mietwohnungsbau für wachsende Regionen geändert werden. Die Wohnungsbaudarlehen sollen für die ersten 10 Jahre zinsfrei sein. Die Mietobergrenze soll von 5,25 auf 6,25 Euro/qm angehoben werden. Dadurch wird der geförderte Wohnungsbau für Investoren wieder finanziell interessant. Es besteht nun die begründete Hoffnung, dass sie auf dieses Angebot des Landes eingehen. *bm*

Neue Flüchtlingshäuser



Aktuell leben 2.187 Flüchtlinge in Köln. 300 wurden in Hotels und 1.718 in städtischen Flüchtlingsheimen einquartiert. Die übrigen Flüchtlinge sind nur kurzfristig in Köln. Das Jahr 2012 war von einer intensiven Suche nach neuen Standorten für Flüchtlingsunterkünfte geprägt. Am 18.12.2012 beschloss der Rat Sanierung und Bau von drei neuen Gebäudekomplexen. In Weidenpesch sollen 15 Häuser für ca. 70 Personen saniert werden. Sie wurden vormals von Sinti-Familien bewohnt. In der Potsdamer Straße in Weiden und im Kuckucksweg in Godorf werden jeweils weitere 70 Personen untergebracht. In Weiden wurden einzelne Bewohnergruppen frühzeitig informiert und es wurden verbindliche Zusagen gemacht: Nicht mehr als 70 Plätze; keine neuankommenden sondern bereits integrierte Flüchtlinge sowie eine Ansprechstelle in Konfliktfällen. Der Rat übernahm diese Regelungen in seine Planungsbeschlüsse.

In Godorf regte sich größerer Widerstand aus dem Stadtteil. Das Sozialdezernat führte am 30.1. eine Informationsveranstaltung durch. In Porz-Urbach hat ein Hotelbesitzer angeboten, sein Hotel für eine vorübergehende Unterbringung zur Verfügung zu stellen. Hier gab es zunächst erhöhte Aufregung in der Nachbarschaft. Aber es wurde erfolgreich Aufklärung betrieben. Am 26.1. fand ein Fest unter dem Motto „Willkommen in Porz“ im und am Hotel Dürscheidt statt, an dem über 500 Menschen solidarisch teilnahmen. *oh*



Wie jedes Jahr sammelte die GRÜNE Ratsfraktion auf ihrer Zusammenkunft zum Jahresabschluss unter den anwesenden MandatsträgerInnen für einen guten Zweck. So kamen 850 Euro für die Unterstützung von agisra e.V. zusammen. agisra ist eine Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen. Siehe auch www.agisra.de.

Jörg Frank und Ossi Helling übergaben die Spende am 15. Januar an das agisra-Team (Bild). Die GRÜNE Ratsfraktion drückt damit auch ihre besondere Wertschätzung gegenüber agisra aus, die Migrantinnen dabei unterstützt, sich selbst zu organisieren. Sie berät und unterstützt sie in schwierigen oder sogar bedrohlichen Situationen. agisra bietet auch Fortbildungen für Multiplikatoren an. Mit ihrer Arbeit ist agisra für die Frauen- und Migrationspolitik in Köln seit 20 Jahren ein verlässlicher Partner. *red*

NS-Dokumentationszentrum

Ausgebaut, erweitert, erneuert!

Erinnerung und Aufklärung haben durch die Erweiterung des städtischen NS-Dokumentationszentrums (NSDok) am Appellhofplatz endlich ihren notwendigen und angemessenen Raum gefunden. Die Gedenkstätte im Innenhof soll in würdiger Weise an die Hunderte dort Ermordeten durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft erinnern.

Beim Festakt am 2.12.2012 vor rund 1.000 Gästen - unter ihnen zahlreiche Zeitzeuginnen und Zeitzeugen - sprachen die Festredner von einem „fantastischen Fortschritt“ für die Einrichtung, die als Kombination von Gedenkstätte, Bildungsstätte und Lernort einer Kommune bundesweit einzigartig ist und nun über fast 1.000 qm zusätzliche Fläche verfügt. Modernisierung und Ausbau kommt allen Arbeitsbereichen im NSDok zugute. U.a. wurde in die um 40% vergrößerte Bibliothek eine moderne Mediathek integriert. Der Innenhof als Teil der ehemaligen Hinrichtungsstätte wird nun Teil der Gedenkstätte Gestapogefängnis. Ein Wettbewerb für seine künstlerische Gestaltung ist bereits entschieden. Der Berliner Künstler Thomas Locher wird seinen spektakulären Entwurf verwirklichen.

Weitere Informationen:
<http://www.museenkoeln.de/ns-dok/>

Ratsauftrag

Der Ausbau des seit 1988 bestehenden NSDok und die Einbeziehung des Innenhofs als Teil der Gedenkstätte „Gestapogefängnis“ wurde durch einen einstimmigen Ratsbeschluss der demokratischen Fraktionen am 27. November 2008 beauftragt. Diesem Ausbaubeschluss ging allerdings eine wichtige Ratsentscheidung voraus: SPD und GRÜNE erhöhten 2007 beträchtlich die Haushaltsmittel für das NS-Dokumentationszentrum

und beauftragten die Verwaltung gemeinsam mit den Linken, ein Konzept für die Erweiterung der Aufklärungsarbeit des Zentrums zu erstellen. So sollte eine Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) etabliert werden. ibs hat sich inzwischen zu einer bedeutenden pädagogischen Einrichtung entwickelt.

Bildungsauftrag

Zusammen mit dem ibs kann das NS-Dok dem letztlich auf Gegenwart und Zukunft gerichteten Auftrag im Ganzen gerecht werden, nämlich daran mitzuwirken, dass alle Formen des Rassismus keine Chance mehr in unserer Gesellschaft haben. Diese im weitesten Sinne bildende und erzieherische Tätigkeit des NSDok durch Forschung, Darstellung und Vermittlung bleibt ein absolutes Muss für den Erhalt und die Fortentwicklung einer demokratischen und an den universellen Menschenrechten orientierten Gesellschaft. Wer die Geschichte der Menschheitskatastrophe des NS-Regimes verdrängt, gerät allzu leicht in die Gefahr, sie zu wiederholen.

Horst Thelen



Foto: ns-dok, rba

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555
Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Redaktion: Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:

Josefine DeBuhr (jd), Jörg Frank (jf), Ossi Helling (oh), Ignatz Igel (ii), Barbara Moritz (bm), Horst Thelen (ht), Brigitta von Bülow (bb), Matthias Welpmann (mw), Andreas Wolter (aw)

Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 10 mal jährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.01.2013
Die nächste Ausgabe erscheint am 19.03.2013

Rathaus Ratlos im Internet

www.gruenekoeln.de ,

Technische Realisation: Regina Kobold

E-mail: regina.kobold@stadt-koeln.de

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: 0221 / 22125919 oder 22125920

E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Öffnungszeiten: mo bis fr 9 – 12 Uhr; mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

Fraktionsvorstand: Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Vorstandsmitglieder: **Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

Fraktionssitzung (Mittwochskreis):

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

BÜRGERMEISTERIN

Angela Spizig

Tel.: 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

Mail: angela.spizig@stadt-koeln.de

Referent: Christoph Goormann

Mail: christoph.goormann@stadt-koeln.de

ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

- | | |
|------------------------------|--|
| Bauen: | Gerd Brust |
| Finanzen: | Jörg Frank |
| Frauen: | Kirsten Reinhardt |
| Gesundheit: | Stefan Peil |
| Jugendhilfe: | Kirsten Jahn |
| Kultur: | Brigitta von Bülow |
| Liegenschaften: | Manfred Richter |
| Rechnungsprüfung: | Manfred Waddey |
| Schule & Bildung: | Horst Thelen |
| Soziales: | Ossi Helling |
| Sport: | Elisabeth Thelen |
| Stadtentwicklung: | Barbara Moritz |
| Stellenplan/Personal: | Brigitta von Bülow |
| Umwelt: | Matthias Welpmann |
| Verkehr: | Bettina Tull |
| Verwaltung: | Andreas Wolter |
| Wirtschaft: | Jörg Frank |
| Queer-AK: | Andreas Wolter & Elke Hausner |

ABO?
Rathaus Ratlos KOSTENLOS!

- Es gibt zwei Möglichkeiten:
1. **E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de**
 2. **oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln**

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Matthias Weipmann

Immobilien-Heuschreckenalarm

„Wir sind Chorweiler“

Ein breites Bündnis von Jugend-Initiativen aus Chorweiler (www.aktion-chorweiler.de) protestierte zusammen mit Künstlern, der Chorweiler Bezirksbürgermeisterin Cornelia Wittsack-Junge (GRÜNE) und weiteren Vertretern der demokratischen Parteien am 17. Januar auf dem Pariser Platz gegen Immobilien-Heuschrecken. Am selben Tag war bekannt geworden, dass das Amtsgericht Köln die für den 18. Januar angesetzte Zwangsversteigerung von 1.200 Wohnungen an der Stockholmer Allee und der Osloer Straße vorerst gestoppt hatte. Wittsack-Junge betonte, dass die dadurch gewonnene Zeit für eine nachhaltige und sozial gerechte Lösung des Problems genutzt werden müsse. Chorweiler müsse in jedem Fall als lebenswertes Veedel erhalten bleiben. Der Landtagsabgeordnete Jochen Ott (SPD) erklärte, nun müsse versucht werden, zu verhindern, dass eine „Heuschrecke“ zum Zuge komme, weil solche Spekulanten die Wohnungen anschließend

verkommen lassen. In der zeitgleich veröffentlichten Pressemitteilung erklärte Oberbürgermeister Roters, dass die nun gewonnene Zeit für weitere Gespräche mit der Landesregierung und der NRW-Bank als Gläubiger genutzt werde. Sie haben zum Ziel den Erwerb der Wohnungen durch mieterbewusst agierende Wohnungsgesellschaften zu ermöglichen.

Die Demo wurde von dem Kölner Kabarettisten Fatih Çevikkollu launig moderiert. Die tanzbaren Darbietungen der auf „Gypsy Boogie, Gangster Swing & Soviet Tango“ spezialisierten „Hop Stop Banda“, der russischen Combo „Unty Murugana“ oder der Rapper „Mighty Maho & Hasan“ aus dem Veedel ermunterten die über 200 Demonstrierenden bei arktischen Temperaturen zwei Stunden vor der Bühne auszuharren. Auch die Waldorfschule Chorweiler ließ sich nicht lumpen und gab mit ihrem Chor aus Schülerinnen und Schülern der Oberstufe das aus der Revolution von 1848 stammende Bürgerlied zum Besten. *mw*

Ratsreporter Ignatz Igel



Aufgespießt

„Wat fott es, es fott!“ Artikel 4 des rheinischen Grundgesetzes bestätigte sich am 4.2. erneut im Finanzausschuss. Die Ermittlungen in Sachen Philharmonie-Vordach brachten nun zutage, dass der frühere Leiter des Eigenbetriebs Veranstaltungszentrum Köln, seit August im Ruhestand, die Verschrottung ohne Billigung des Betriebsausschusses veranlasste und dafür die KVB AG beauftragte. Die KVB kam jüngst in Verdacht, ist aber unschuldig. Auch den Leiter des Amtes für Straßen- und Verkehrstechnik trifft dieses Mal keine Schuld. Sein Gewissen ist schon mit dem damaligen Verschwinden der Standuhr am Chlodwigplatz belastet. Ansonsten führen diese Erkenntnisse zu keinen Konsequenzen, aber der kölsche Fasteeler treibt auch im Rathaus mit Verve seinem Höhepunkt zu.

Gemäß Artikel 7 „Wat wells de maa-che?“ betätigt sich die KölschCDU auf der Ratssitzung – zwei Tage vor Weiberfastnacht – mit ihrem Antrag „Mitmachen, mitreden, mitsparen“ als Stimmungskanone. Unter diesem alternativen Sessionsmotto beantragen die schwarzen Spaßvögel die Behandlung eines bunten Potpourrie von 143 Sparvorschlägen, die sie per Internet-Aktion eingesammelt haben. Wegen der Vielzahl von Karnevalssitzungen blieb den Jeckinnen und Jecken um Präses Granitzka aber keine Zeit, das Sammelsurium, nach welchen Kriterien auch immer, zu bewerten.

„Grillgebühr in Parks“, „Erhöhung der Bußgelder“, „höhere Gebühren“, „höhere Kommunalsteuern“, „Schließung aller Bäder“, „Verkauf des Stadions“, „Verzicht auf die Opersanierung“, „Einführung einer Brücken-Maut“, „Streichung von Frauenamt und Frauenförderung“, „GAG verkaufen“, „KVB verkaufen“, „Oper und Schauspiel privatisieren“, „Elferrat statt Stadtrat“ usw. Es gipfelt schließlich in „Lob für die CDU“. Der Rat wird angesichts dieser geballten CDU-Finanzkompetenz sicherlich Artikel 9 beherzigen: „Wat soll dä Käu?“. Alaaaf!

Termine

Montag, 4. März, 19.30 Uhr

Die großen Wachstumsphasen Köln 2030: 100.000 mehr Einwohner
Architekturforum Rheinland
Domforum, Domkloster 3

Dienstag, 5. März, 19 Uhr

GRÜNE KreisMitgliederversammlung
Thema: Bundestagswahl
Kulturbunker Mülheim, Berliner Str. 20

Dienstag, 19. März, 15.30 Uhr

Ratssitzung
Rathaus, spanischer Bau

Dienstag, 30. April, 15.30 Uhr

Ratssitzung
Haushaltsbeschluss 2013/2014
Rathaus, spanischer Bau